

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, im Sonn- und Feiertage, nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei regelmäßiger Lieferung im Voraus für sechs Monate 1.20 M., im Voraus jährlich, bei Postnahme monatlich 1.20 M., inkl. Zustellungsgebühren, bei Abnahme unter sechs Monaten 1.20 M. (Kontokorrent und Briefwechsel) für das übrige Jahr 1.20 M. — M. postfrei. Bestellungen an:

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-86, 2895 und 2896.

Die Abgabe der Tagesblätter über einen Raum, sowie jede Werbeanzeige, die auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut anstehendem Inseraten-Codex berechnet. Injunkte für den demnächstigen Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition eingeleitet sein.

Galenen-Abteilung: Berlin SW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-86, 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die unentschiedene Krise.

Noch keine Entscheidung.

Die Mitteilungen der Blätter über die Bildung der Regierung sind verfrüht. Sicher ist bisher nur, daß ein erheblicher Teil der Reichs- und der preussischen Minister nicht wiederkehren wird.

Die Bildung einer Arbeiterregierung stößt auf große Schwierigkeiten. Die bürgerlichen Parteien haben ihr ablehnend gegenüber, während die Rechtssozialisten sie nicht mit großer Entschiedenheit vertreten.

Eine endgültige Entscheidung über die Art der neuen Regierung ist erst im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Die Verhandlungen im Ruhrrevier.

Ein Telegramm der „Neuen Berliner“ meldet aus Düsseldorf, daß als Ergebnis der zwischen Vertretern der Regierung und Führern der revolutionären Arbeiterschaft im Industriegebiet geführten Verhandlungen beschlossen wurde, einen schiedsgerichtlichen Waffenstillstand mit vierwöchiger Frist abzuschießen, in deren Verlauf die Räteverwaltung sofort in Kraft treten zu lassen. Über die weiteren Verhandlungen wird die Kommission beraten, nachdem die Entscheidungen der Regierung eingeholt sind.

Die Nachrichten über eine Räteregierung im Ruhrrevier sind eine grobe Verleumdung der Arbeiterschaft und Verfälschung der Öffentlichkeit. Wahr ist, daß in den meisten Städten des Ruhrreviers sich Volksgenossenschaftliche Räte gebildet haben, in denen Arbeiter aller Parteien, vom Zentrum angefangen bis zu der K. P. D., vertreten sind. Diese sorgen für die Ruhe und Ordnung in den Städten. Die alten Behörden arbeiten fort überall ungestört weiter, natürlich unter Kontrolle dieser Volksgenossenschaftlichen Räte.

Fortdauer der Militärwüter!

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Leipzig, 24. März.

Der Brigadeführer Senft v. Pilsach verbot heute die Umbildung der Einwohnerwehr von Leipzig, die Rat- und Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen hatten. Ferner verfügte er die Auflösung der Einwohnerwehr in den selbständigen Vorortgemeinden Deutsch, Köhler, Ehrenberg und Groß-Schöcher. Waffen und Munition sollen sofort abgeliefert werden.

Gegen die Fortdauer dieser militärischen Wüter muß härtester Protest erhoben werden!

Noch Standgerichte.

Als Kommandant von Friedrichshagen betrachtet sich Herr v. Flug-Gortuna. Er hält das Standgericht noch für eine Aufgabe des Militärs, dem die Aburteilung zahlreicher verhafteter Genossen in Friedrichshagen, Klein-Schönebeck und Schöneiche unterliegt. Es sind alle Schritte unternommen, um dieser Wüter Einhalt zu tun.

Die feine Witterung.

Die einzige Zeitung, die am 14. März, am Tage noch dem monarchistischen Staatsstreich in Berlin erschien, war die antisozialistische „Staatsbürger-Zeitung“. In diesem Blatte heißt es unter der Überschrift „Sturz der Judenregierung“:

„Sang und Klang sind die Reichsminister, die doch nur Schemelmänner des Judentums waren, über Nacht aus Berlin verschwinden. Nationalsozialistisches Militär, dessen Oberleitung in den Händen Ludendorffs liegt, ist in Berlin eingerückt. Die Saluta feiert. Die ausländischen Wärsen schreien eine feine Witterung gehabt zu haben.“

Die „feine Witterung“ der ausländischen Wärsen bestand darin, daß sie die deutsche Part unter Rapp-Wittwisch fast um 100 Prozent sinken ließen. Doch das nur nebenbei. Wichtiges ist die Feststellung der „Staatsbürger-Zeitung“:

daß die Minister, die am 18. März den Staatsstreich verübten, unter der Oberleitung Ludendorffs standen.

Die Bestrafung der Gegenrevolutionäre.

Berlin, 23. März.

Der Minister des Innern hat an alle Oberpräsidenten folgenden telegraphischen Erlass gerichtet:

Die preussische Regierung hat beschlossen, gegen alle Beamten, welche sich als Anhänger der verfassungswidrigen Staatsstreichsregierung bekannt oder welche die Ziele dieser Regierung in irgend einer Weise gefördert haben, disziplinarisch vorzugehen. Der Minister hat um sofortigen Bericht, ob und welche Beamte der allgemeinen und inneren Verwaltung in der dortigen Provinz in der geschätzten Weise hervorgetreten sind, ob und welche Landräte, Verwaltungsbeamten nach entsprechender Mitteilung erlassen haben und ob die Oberpräsidenten selbst fest auf dem Boden der verfassungsmäßigen Regierung gestanden haben. Das letztere bildet der Minister dienlich zu verifizieren. Soweit verfassungswidrige Neubestellungen von Stellen in Angriff genommen sind, bittet der Minister gleichzeitig um Bericht über das Verhalten der beteiligten Kandidaten.

Berlin, 23. März.

Die bei dem Reichsgericht schwebende Untersuchung wegen des hochverräterischen Unternehmens nimmt ihren Fortgang. Der Reichsgerichtsrat Oelschläger ist zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichts ernannt worden. Unter den Personen, auf welchen die Voruntersuchung inzwischen ausgedehnt worden ist, befinden sich der frühere Unterstaatssekretär von Falkenhäuser und der Geh. Regierungsrat Dove. Die Beschlagnahme des Vermögens der Angeklagten ist im Gange.

Die Sammelparole der Reaktion.

Die Trabanten der Reaktion beweisen immer wieder, daß ihre Ideenlosigkeit nicht minder groß ist wie ihre Gewissenlosigkeit, mit der sie Volk und Reich aus einer Katastrophe in die andere treiben. Raum hat sich der Staatsstreichversuch der Rapp-Wittwisch und Konsorten als ein Fehlschlag erwiesen, wird wieder — wie im Januar und März 1918 — das Schreckgespenst des Bolschewismus aus dem Schrank geholt und die Parole ausgegeben: Kampf gegen den Kommunismus! Kampf gegen links!

Es ist charakteristisch, mit welcher Präzision auch hier der reaktionäre Apparat arbeitet. Raum hätte die Faschingsregierung in der Wilhelmstraße diese Parolen ausgegeben, als die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ am 17. März abends ein Extrablatt herausgab, daß in jeder Zeile vor „Bolschewismus“ graulich zu machen suchte und vor allem auf die Schädigung der agrarischen Interessen durch den auf das flache Land übergreifenden Generallstreik hinwies. Am selben Tage gab die Reichswehrbrigade III eine „amtliche Mitteilung“ heraus, in der es wörtlich heißt:

„Die neue und alte Regierung sind sich einig darin, daß Einheitsfront zum Kampf gegen Kommunismus dringendes Gebot der Stunde ist.“

Die Frage, ob alte oder neue Regierung, ist damit erledigt. Beide Regierungen sind sich einig in diesem einen großen Ziel: Bekämpfung des Kommunismus und Wiederherstellung der Ordnung.“

Dieser Aufruf der Reichswehrbrigade III wurde von militärischen Flugzeugen auf die Straßen Berlins herabgeworfen. Er bildete keine Sonderaktion einer militärischen Formation. Derselbe Aufruf gab in einem offiziös verbreiteten Aufruf am 18. März General v. Seeckt aus, der von der alten Regierung mit dem Oberbefehl über die Berliner Truppen betraut worden ist. Die Sammelparole der Reaktion hat dadurch ihre offizielle Sanction erhalten. An den Arbeitern wird es liegen, diese neue Wachenation der Gegenrevolutionäre zerschanden zu machen.

Die Bezahlung der Streiklage.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister den Standpunkt vertreten hat, den Arbeitgebern die Bezahlung der Streiklage anzuempfehlen. Wir sind der Meinung, daß die Bezahlung der Streiklage eine Selbstverständlichkeit ist, da ja die Regierung Bauer selbst zum Generallstreik aufgefordert hat und die Erschütterung des Wirtschaftslebens, das nach einem Sieg der Gegenrevolution sicher zu erwarten war, den Unternehmern bedeutend größere Verluste abbracht haben würde.

Uneheliches Spiel.

Raum war der Zustand der Rapp-Wittwisch niedergeschlagen, als eine wilde Hege gegen die Arbeiterschaft einzusetzen begann. Unter dem Vorwand, den „Bolschewismus“ zu bekämpfen, ging das Bestreben der Reaktion aller Schattierungen darauf hinaus, ihre militärischen Machtpositionen zu retten, indem sie das „Schreckgespenst“ einer neuen bolschewistischen Welle an die Wand malten. An diesem Treiben sind auch die Regierungskreise nicht unschuldig. Für die Tatsache, daß die gereizte Stimmung innerhalb der Truppen gegen die Arbeiterschaft sich in blutigen und sonstigen Ausschreitungen äußerte, ist in erster Linie verantwortlich der General von Seeckt, der in einem Aufruf an die Reichswehr nichts anderes zu tun wußte, als die Truppen zum Kampf gegen den Bolschewismus aufzufordern. Uns fehlt deshalb auch der Glaube an die Versicherung der Regierung, daß das von Schiffer und Seeckt unterzeichnete und in Massen verbreitete Flugblatt, das dieselben Gedankengänge enthielt, gefälscht gewesen sei.

In dieser Auffassung werden wir gestützt durch die Tatsache, daß das Regierungsorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, dieselbe Stellung einnimmt. In ihrer Mittwoch-Morgenausgabe sucht sie in einem tendenziösen Bericht aus Gagen vorzutäuschen, als ob im Ruhrgebiet ein wildes Chaos herrsche, der Bolschewismus Triumphe feiere und die Räterepublik ausgerufen sei. Der Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ führt dieselbe Sprache. Wenn dort gesagt wird: „Wer heute noch die Waffe in der Hand führt und sie gegen Volksgenossen richtet, kämpft gegen das Volk und gegen die rechtmäßige Regierung“, so bedeutet das nichts weiter als die Absicht, nun alles, was vor dem 18. März gewesen war, in alter Weise wiederherzustellen.

Das geschieht, ungeachtet der Tatsache, daß die bewaffneten Arbeiter im Ruhrgebiet keineswegs nur Kommunisten und Unabhängige, sondern zu einem erheblichen Teil auch Rechtssozialisten sind, die sich bewaffnet haben, weil sie die konterrevolutionären Truppen in diesem Gebiet niederschlagen mußten. Und nicht nur sozialistische Arbeiter, sondern auch demokratische und zentrumsliche Arbeiter und Angestellte haben sich mit der Waffe in der Hand an diesem Abwehrkampf beteiligt, dem auch die Sympathie des dortigen Bürgertums galt. Daß diese Truppen, die, nachdem die Herrlichkeit der Rapp-Wittwisch ein schnelles Ende gefunden hat, nun erklären, hinter der „gefesmäßen“ Regierung zu stehen, ändert doch auch nicht das geringste an der Tatsache, daß sie in den Händen ihrer bewußt gegenrevolutionären Offiziere auch heute noch eine große Gefahr für die Republik darstellen.

Gegen das Treiben, das nun alles, was zur Sicherung der Beileitung der reaktionären Gefahr dient, als bolschewistisch hinzustellen sucht, muß deshalb der allerhöchste Einspruch erhoben werden. Die Regierung möge sich der Gefahren bewußt sein, die entstehen müssen, wenn sie dieser Hege duldsam oder abwartend gegenübersteht. Die Arbeiterschaft hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Rapp-Wittwisch nicht niedergeschlagen hat, um demselben System unter einem anderen Namen zur Auferstehung zu verhelfen. Es ist auch ein verkehrtes Beginnen, zu glauben, daß dadurch die geschlossene Front der Arbeiterschaft zu durchbrechen sei, woran ja auch gewisse rechtssozialistische Kreise ein starkes Interesse zu haben scheinen.

Die geschlossene Front des Proletariats wird aber auch gefährdet durch die zweideutige Haltung der Kommunisten, die nun glauben, mit ihrer alten Taktik der Verleumdung und Herabsetzung der Führer der Unabhängigen Partei ihr vorangewandenes Parteischicksal wieder flott machen zu können. In der Delegiertenversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins hat ihr Redner heftige Angriffe gegen die Haltung der Unabhängigen Partei gerichtet, die die Arbeiterregierung ablehnt und damit in einem politisch gänzlich unglücklichen Augenblick die Partelle des Proletariats nicht wahrgenommen habe.

Diese Anklage entbehrt jeder Berechtigung. Die Unabhängigen Sozialdemokratie war in diesem Kampf von dem Anstreben geleitet, alle für die Arbeiterschaft nur irgendwie erdenklichen Sicherungen zu erkämpfen. Sie war und ist deshalb bereit, in eine reine

